

Stellungnahme zu den konsensualen Handlungsempfehlungen

der Enquetekommission „Demografischer Wandel – Herausforderung an die
Landespolitik“
Berthold Frieß, Vorsitzender
Dezember 2005

1. Grundsätzliche Bemerkungen

- Wir stellen fest, dass die Ausführungen an vielen Stellen sehr allgemein und wenig konkret formuliert sind. Z.B.: „... das Bildungsniveau dadurch insgesamt anzuheben, dass an den Schulen ein breiteres Allgemeinwissen mit dem Schwerpunkt der Kompetenz zur Problemlösung vermittelt wird.“
- An vielen Stellen gehen die Empfehlungen zwar in die richtige Richtung, die Chance, den politischen Bedarf einer Gesellschaft im Demographischen Wandel zu gestalten, wird jedoch verpasst.
- Bei großen Passagen haben wir den Eindruck, dass die vorgelegten Handlungsempfehlungen über die Umformulierung der Prüfaufträge der Enquete nicht hinausgehen. Wir empfinden das vorgelegte Papier mehr als Absichtserklärungen, nicht jedoch als konkrete Handlungsempfehlungen.
- Es ist aus unserer Sicht sehr zu bemängeln, dass bei den Empfehlungen viel über Kinder und Senioren gesprochen wird, aber nur sehr wenig über Jugendliche. Sie kommen lediglich bei den Ausbildungsplätzen vor und als nützliches Potenzial für bürgerschaftliches Engagement.

Nun zu den aus unserer Sicht zu nennenden Schwerpunkten der Empfehlungen. Dabei benennen wir gezielt die Aspekte, bei denen es aus unserer Sicht Nachbesserungen braucht:

2. Schwerpunkt Kinderbetreuung, Bildung, Wissenschaft und Forschung

- Generell vermisst der Landesjugendring Überlegungen in der Enquete, wie sich der demographische Wandel auf die Notwendigkeit von Bildung auswirkt: Die Frage, was Kinder heute lernen müssen, um in Zukunft zu bestehen, wird nicht genügend bearbeitet. So wird es beispielsweise einen enormen Bedarf an ausgebildeten Fachkräften im sozialen Bereich geben. Dies muss sich aber heute schon in Ausbildungen widerspiegeln.
- Der LJR teilt die deutlich erkennbare Linie, dass verstärkte Anstrengungen in der frühkindlichen Bildung unternommen werden sollen.
- Unter den derzeitigen Vorzeichen in den Schulen ist es aus unserer Sicht nicht zu vertreten, Kinder vor dem sechsten Schuljahr einzuschulen. Wenn die Bildungskraft der Kindergärten gestärkt wird, gibt es dazu auch wenig Anlass.
- Wir begrüßen die Handlungsempfehlung, dass auch bei sinkenden Zahlen von Schülerinnen und Schülern die freiwerdenden Ressourcen im Bildungssystem verbleiben. Das ist aus unserer Sicht eine der zentralen Entscheidungen, die aus der Perspektive von jungen Menschen im Blick auf die demografischen Entwicklungen zu treffen ist.
- In den qualitativen und quantitativen Ausbau des Bildungssystems ist zusätzlich der Ausbau der Außerschulischen Bildung einzubeziehen. (Ziffer A.V) Der Berichtstext unterstreicht die Erkenntnis, dass ca. 70% der Bildungsleistungen im außerschulischen Bereich erbracht werden. Die erhöhten Anstrengungen ins Bildungssystem können sich deshalb nicht nur auf die Schule beziehen. Zum außerschulischen Bereich gehören bekanntlich nicht nur Kinder und Erwachsene sondern auch Jugendliche.

- Der Wert der außerschulischen Jugendbildung für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen wird zu wenig berücksichtigt. Jugendarbeit muss aber gerade bei weniger werdenden Jugendlichen (erst ab 2013) eine verlässliche Größe der sozialen Infrastruktur sein. Kinder und Jugendliche brauchen selbstgestaltete und selbstorganisierte Räume – selbst bei einem weitgehenden Ausbau der Ganztageschulen. Hinzuzufügen ist, dass Außerschulische Jugendbildung nur dann mit Schule kooperieren kann, wenn sie auch ein Eigenleben hat. Hier wollen wir unseren mehrfach geäußerten Vorschlag „30 für 30“ ins Spiel bringen: 30 BildungsfernerInnen für 30 LehrerInnen. Für den Kooperationsbereich sollte es zudem an jeder Schule ab 60 LehrerInnen eine PädagogInnenstelle für die Vernetzung mit außerschulischen Trägern und für übergreifende Bildungsangebote geben.
- Aus unserer Sicht braucht es einen deutlicheren Schwerpunkt bei der Förderung von leistungsschwachen / bildungsfernen Kindern und Jugendlichen. 20% „BildungsverliererInnen“ kann sich unser Land insbesondere unter demographischer Betrachtungsweise nicht leisten.

3. Schwerpunkt Pflege, Gesundheit und behinderte Menschen

- Wir merken an, dass unter dem Stichwort „Gesundheit“ junge Menschen bei den Empfehlungen keine Rolle spielen.

4. Bereich Beschäftigung, Arbeitsmarkt und Wirtschaft

- In diesem Bereich ist es besonders schmerzlich, dass neben vielen Absichtserklärungen wenig Substanz zu finden ist. Wir sind uns alle einig, dass es mehr Beschäftigung braucht und mehr Beschäftigungsfähigkeit. Wir sind aber davon überzeugt, dass dies nicht mit Appellen, sondern nur mit konkreter Politik zu erreichen ist. Wir glauben, dass eine gerechtere Verteilung der Arbeit ein erster wichtiger Ansatzpunkt ist.
- Bei der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf fehlt uns ein deutliches Wort für die Einbeziehung der Männer, der Väter in solche Modelle. Hier fänden wir auch eine politische Initiative angebracht. Z.B. könnte der Anspruch auf drei Jahre Elternzeit nur dann geltend gemacht werden, wenn auch der Vater ein Drittel davon in Anspruch nimmt (Skandinavisches Modell). Ansätze in diese Richtung sind ja beim neuen Elterngeld der Bundesregierung vorgesehen. Des Weiteren müssen neue Betreuungsmöglichkeiten und Arbeitszeitregelungen gefordert werden.
- Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit erscheint aus der Perspektive der sozialen Sicherungssysteme sinnvoll. Das wird allerdings dazu führen, dass der Berufseinstieg für die nachwachsende Generation noch prekärer wird. Ein wichtiger Zusatz wäre deshalb aus unserer Sicht, dass es für junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen Vorrang gibt, ins Erwerbsleben einzusteigen.
- Die Maßnahmen zur Eingliederung von Personen mit geringen Arbeitsmarktchancen sind sehr dürftig. Hier sollten insbesondere junge Menschen in den Blick kommen, die zum ersten Mal in den Arbeitsmarkt integriert werden.

5. Schwerpunkt Wohnungsbau, Verkehr sowie Landesentwicklungs- und Regionalplanung

- Es fehlt, den Wohnungsbau unter Blickpunkten der Integration und der Freiräume für Kinder und Jugendliche zu gestalten. Wohnungsbau darf nicht altershomogen oder zielgruppenspezifisch sein, sondern muss Möglichkeiten für alle bieten. Vor allem auf dem Land müssen weiterhin Freiräume für Jugendliche ausgebaut werden.

6. Schwerpunkt Gesellschaft

- Wir stehen natürlich hinter der Forderung, Baden-Württemberg zu einem familien- und kinderfreundlichen Land zu machen. Auch hier hätten wir es gerne etwas konkreter gehabt. Welche Hemmnisse sollen nun abgebaut werden, die der Realisierung des Kinderwunsches entgegenstehen? Welche öffentlichen Werte gilt es zu vertreten und zu bekräftigen, dass Eltern und Familie und deren Erziehungsverantwortung gestärkt werden kann?

Aus unserer Sicht ist die Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement dann am erfolgreichsten, wenn an bestehende Strukturen angedockt wird und diese sich öffnen und weiterentwickeln. Die Schaffung neuer Strukturen halten wir für falsch. Auch hier sollte das partnerschaftliche Miteinander mit Freien Trägern im Vordergrund stehen.

- Es ist richtig die Potenziale von Jugendlichen für ehrenamtliches Engagement im Blick zu haben. Diese Gruppe ist aber schon heute die engagierteste aller Altersstufen. Uns fehlt der Aspekt Jugendlichen einen Vertrauensvorschuss durch die Gesellschaft zu gewähren und darauf hinzuwirken, dass die Medien aber auch erwachsene Verantwortungsträger sich ein realistisches Bild von Jugendlichen aneignen. Eine solche Haltung stünde noch vor der Entwicklung einer Anerkennungskultur für ehrenamtliches Engagement.
- Eine solche Haltung sollte auch möglichen Empfehlungen zu mehr Beteiligung der jungen Generation zugrunde liegen. Hier fordern wir weiter eine verpflichtende Regelung für die Beteiligung von Jugendlichen in den Schulen und Kommunen sowie das Wahlalter 14 für Landtagswahlen. Die Empfehlung der Enquetekommission zur Beteiligung Jugendlicher ist weniger als die größten Pessimisten erwartet haben.
- Dazu das folgende Zitat aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 31. August 2005, wo unter dem Titel „Die Rentner sind sich zu sicher“ ein Vorabdruck aus dem jüngsten Buch des Altbundespräsidenten Prof. Dr. Roman Herzog erfolgt: „Die deutschen Wahlen werden mehr und mehr von älteren, ja alten Leuten entschieden, die unter den Folgen unterlassener oder verspäteter Reformen wesentlich weniger zu leiden haben als die Angehörigen jüngerer Generationen und bei denen man nicht einmal Sorge für Kinder und Enkel voraussetzen kann – weil sie solche oft überhaupt nicht haben. Ins Extrem weiter gedacht, müsste diese Entwicklung unseren dynamisierten Gesellschaften die Überlebensfähigkeit nehmen.“
- Zum Thema Menschen mit Migrationshintergrund fehlt uns die Feststellung, dass dieses Thema alle Bürgerinnen und Bürger angeht. Es braucht eine offene und realistische Haltung von uns allen gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund. Es fehlt die Feststellung, dass wir ein Einwanderungsland sind. Außerdem fehlt der Hinweis, dass eine gesteuerte Zuwanderung den Demografischen Wandel zumindest abmildern kann.

7. Schwerpunkt Öffentliche Haushalte

- Aus unserer Sicht braucht es möglichst ab sofort, mindestens jedoch zu einem festgelegten Zeitpunkt die Nettotonnullverschuldung. Es geht nicht nur darum, die Schuldenquote zu reduzieren, es geht darum die Verschuldung nicht zu erhöhen. Das Verschuldungsauto muss auf dem Weg an die Wand des Finanzdesasters eine Vollbremsung hinlegen und nicht nur vom Gas runter.
- Es fällt auf, dass mit dem 10%-igen Abbau von Personal wiederum eine Reduzierung sehr konkret beschrieben wird. Aber auch diese Maßnahme wird keinen entscheidenden Beitrag zur Eindämmung der Pensionslasten bringen. Wir schlagen die Bildung von Pensionsrücklagen vor und eine kritische Überprüfung, in welchen Bereichen es überhaupt BeamtInnen braucht.
- Wir empfehlen, ein ausgewogenes Verhältnis von Steueraufkommen und Bruttoinlandsprodukt durch die Einbeziehung aller Formen von Einkommen und Gewinnen in die Besteuerung zu definieren. Diese sogenannte Steuerquote liegt in Deutschland mit 21,7% sehr niedrig.
- Zu einer grundlegenden Aufgabenkritik können wir nur raten und darauf hinweisen, dass Leistungen von Trägern in manchen Bereichen besser und in anderen schlechter messbar sein werden. Wir als verbandliche Jugendarbeit sehen einem solchen Prozess mit großer Gelassenheit entgegen.

Auch weiterhin wird der Landesjugendring dem Land als verlässlicher Freier Träger, bei der Wahrnehmung von dessen öffentlicher Verantwortung für das Aufwachen von Kindern und Jugendlichen, Partner sein. Deshalb begrüßen wir die Handlungsempfehlung der Enquete, dass der Landtag den Bericht mit Vertretern unterschiedlicher Verbände u.a. auch dem Landesjugendring diskutieren solle.